

## Gewerkschaften in Transformationsgesellschaften

### Beispiel: DDR

Liebe Frau K.,

Ihre allgemeine Themenstellung „Gewerkschaften in Transformationsgesellschaften“ hat mich zunächst etwas ratlos gemacht. Über wenigstens zwei begriffliche Tücken bin ich gestolpert: Was verstehen Sie unter Transformationsgesellschaft und von welchem Typus von Gewerkschaft reden wir? Ich nehme an, sie meinen mit dem Begriff Transformationsgesellschaft Gesellschaften, die sowohl wirtschaftlich, technologisch und politisch wie auch in Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaftlichkeit sich deutlich von den demokratisch verfaßten Industriegesellschaften des Westens unterscheiden; ferner gehe ich davon aus, daß sie mit dem Begriff Gewerkschaften, Organisationen von abhängig Beschäftigten meinen, wie sie sich in diesen Ländern herausgebildet haben. Allerdings gibt es hier erhebliche Unterschiede, wie auch die industriellen Beziehungen in diesen Ländern im erheblichen Maße variieren. Aufgabe und Funktion der Gewerkschaften differieren entsprechend. Wenn ich im Folgenden von Gewerkschaften spreche, dann meine ich vor allem Gewerkschaften, wie sie sich in der alten Bundesrepublik nach 1945 herausgebildet haben. Diese Gewerkschaften, die Resultat einer jahrzehntelangen Erfahrung gewerkschaftlicher Entwicklung in Deutschland waren, zeichnete aus, daß sie eine freiwillige Veranstaltung waren, eine freiwillige Vereinigung von abhängig Beschäftigten, die frei und unabhängig von privaten oder öffentlichen Arbeitgebern die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, sei es als Berufs- Branchen- oder Industriegewerkschaften. Diesen traditionellen, deutschen Erfahrungshintergrund hatten natürlich auch die Beschäftigten in der sowjetischen Besatzungszone. An diese Erfahrung knüpften die Gewerkschafter 1945 in Ost und West an. Sie zogen aus der Erfahrung der Niederlage mit dem Nationalsozialismus jedoch noch eine andere Konsequenz, freie Gewerkschaften aufzubauen, heißt nicht mehr nur frei von privaten und öffentlichen Arbeitgebern, sondern das hieß jetzt auch: frei von Weltanschauungen und politischen Parteien. Doch genau diese Freiheit wurde den Ostgewerkschafter bereits Anfang 1946 zwangsweise wieder genommen. Jedoch: in 40 Jahren SED-Diktatur hat sich die Erinnerung an eine wirklich freie Gewerkschaft nicht ausrotten lassen.

Es gibt in anderen demokratisch verfaßten Industriegesellschaften den Typus der parteipolitisch oder weltanschaulich gebundenen Richtungsgewerkschaften. Die kommunistischen oder christlichen

Gewerkschaften sind Beispiele dafür. In der alten Bundesrepublik Deutschland hingegen haben sich die Einheitsgewerkschaften bis 1989 zu einem außerordentlichen Erfolgsmodell entwickelt.

Es tut mir fast leid, Ihnen diese Selbstverständlichkeiten aufzuschreiben. Doch ich weiß beim besten Willen nicht, wie ich Ihrer Frage sonst nahekommen könnte. Dazu gehört auch noch meine Eingrenzung des Begriffs Transformationsgesellschaft auf die spezielle Gesellschaft der DDR. Sie unterschied sich von allen anderen kommunistischen Staaten, vor allem dadurch, daß sie durch die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik einen Teilstaat gegenüber hatte, der den Anspruch auf Wiedervereinigung aufrechterhielt. Der spezielle Verlauf der friedlichen Revolution in der DDR, die massenhafte Flucht in die Bundesrepublik, das Streben der DDR-Bürger nach den politischen Rechten und Freiheiten, sowie den materiellen Wohlstand, wie ihn das Modell der Bundesrepublik versprach, ist ohne diese Besonderheit gar nicht zu denken.

Als die Mauer 1989 fiel, existierte in der DDR mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) dem Namen nach eine Gewerkschaft, die sogar das Wort „frei“ im Namen führte, die jedoch schon ab 1946 zu einer kommunistischen Zwangsgewerkschaft umgeformt worden war. Das hieß, eine solche Gewerkschaft mußte den Direktiven der Partei – in diesem Falle der SED – folgen, sie war wesentlich nur eine Hilfsorganisation dieser Partei. Noch viel entscheidender war jedoch, daß diese Gewerkschaft in erster Linie nicht die Interessen der Lohnabhängigen gegenüber dem staatlichen Monopolunternehmer vertrat, sondern umgekehrt, die Interessen der Partei gegenüber den abhängig Beschäftigten. Die Gewerkschaften waren dazu verpflichtet, beizutragen, die von der SED vorgegebenen staatlichen Wirtschaftspläne gegenüber den Lohnabhängigen durchzusetzen. Deshalb gab es auch kein Streikrecht in der DDR. Die Rahmenkollektivverträge und Betriebskollektivverträge waren unter dem Gesichtspunkt, der FDGB würde die Interessen der Lohnabhängigen gegenüber dem staatlichen Monopolunternehmer vertreten, reine Camouflage. Das alles war kein Geheimnis.

Als 1989 die SED-Diktatur zusammenbrach, offenbarte sich ein beispielloser Bankrott der staatlichen Planwirtschaft, ein desaströser Zustand der Betriebe und der Städte, der Infrastruktur und der politischen Moral. Aus diesem Schlamassel aus eigener Kraft herauszufinden – wie es andere kommunistische Transformationsgesellschaften machen mußten – war kaum vorstellbar. Doch den Bürgern der DDR bot sich eine einzigartige Gelegenheit: Sie konnten auf die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik setzen und diese souverän herbeiführen. Ihre Entscheidung, diesen Weg zu gehen, war getragen von der Hoffnung, daß sie in einem vereinigten Deutschland an den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Errungenschaften teilhaben würden können, die in der Bundesrepublik längst Wirklichkeit waren. Und das möglichst schnell, umgehend und umfassend.

Das Ende der SED-Diktatur und das Ende des Staates DDR vollzogen sich in einer atemberaubenden Geschwindigkeit. Mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zu 1. Juli 1989 galt auch im wirtschaftlichen Bereich der DDR das Regelwerk der Bundesrepublik. Damit wurden wesentliche demokratische Rechte der Arbeitnehmer, wie sie in der marktwirtschaftlichen und sozialstaatlichen Bundesrepublik maßgeblich auch von den Gewerkschaften erkämpft worden waren, auf die DDR übertragen. Sie mußten dort nicht mehr erkämpft werden. Ein erprobtes, ein

offensichtlich erfolgreiches, im internationalen Vergleich höchsten Standards genügendes Regelwerk, mußte – im großen Unterschied zu anderen vormals kommunistischen Transformationsgesellschaften - nur mehr implementiert werden, was nach 40 Jahren Diktatur und Kommandowirtschaft (wie die gängige Bezeichnung nun lautete) eine riesige Herausforderung war. Das Arbeitsgesetzbuch der DDR hatte ausgedient, die Rahmen- und Betriebskollektivverträge ebenso, es galt die Betriebliche und Unternehmensmitbestimmung zu etablieren, es galt die Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherungen aufzubauen, es galt das Arbeits- und Tarifrecht der Bundesrepublik auf dem Gebiet der DDR zu etablieren – und für diese Herkules-Aufgabe bedurfte es dringend kompetenter und funktionierender Gewerkschaften. Gewerkschaften, die diesen Namen verdienten.

Die SED-Gewerkschaft, der FDGB, hatte sich als kommunistische Zwangsgewerkschaft jedoch vollständig diskreditiert, ganz zu schweigen davon, daß seinen Funktionären jegliche Kompetenz zu originärer gewerkschaftlicher Tätigkeit, zum Führen und Abschließen von Tarifverträgen, etc. abging. Eine neue, unabhängige DDR-Gewerkschaft blieb wesentlich nur Gedankenspielerei – weil die Beschäftigten keinerlei Interesse daran hatten.

Der FDGB wurde unvermeidlich mit in den Bankrott der SED hineingezogen. Die Mitglieder liefen ihm in hellen Scharen davon bzw., stellten die Beitragszahlung ein. Im ersten Quartal 1990 konnte er nur noch 20 % des Beitragsaufkommens ausweisen - im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Spitzenfunktionäre wurden von den eigenen Leuten davongejagt. Diese hofften damit zu retten, was nicht mehr zu retten war. Dieser Versuch aus der zweiten Reihe, den FDGB zu einer funktionsfähigen Gewerkschaft umzubauen, scheiterte auf der ganzen Linie. Die lohnabhängig Beschäftigten setzten in die alten Funktionäre kein Vertrauen mehr. Sie wollten keine reformierten SED-Gewerkschaften, sie wollten erst recht keine kommunistische Richtungsgewerkschaft als Nachfolgeorganisation des FDGB, sie wollten Mitglieder in den bundesrepublikanischen Gewerkschaften werden.

Diesem Verlangen konnten sich die Gewerkschaften der Bundesrepublik nicht entziehen. Sie folgten damit unausweichlichen sozialen und ökonomischen Notwendigkeiten. Die West-Gewerkschaften öffneten ihre Organisationen für DDR-Arbeitnehmer und dehnten ihr Organisationsgebiet auf die DDR aus.

Für das Gelingen der deutschen Einheit, für die Integration der DDR in die Bundesrepublik – sowohl politisch, ökonomisch und sozial - ohne daß es zu gravierenden politischen und sozialen Verwerfungen kam, kann der Beitrag der Gewerkschaften gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die ehren- und hauptamtlichen Funktionäre der Westgewerkschaften, die als Aufbauhelfer in die DDR gingen und die neuen Mitglieder Ost bauten in kürzester Zeit funktionierende freie Gewerkschaften in den neuen Bundesländern auf. Sie hatten in unzähligen Veranstaltungen Informationen, Beratung und Qualifizierung angeboten, Menschen zum Mitmachen in den neuen Organisationsgremien geworben, beim Aufbau von Betriebs- und Personalräten geholfen, zum Aufbau der Selbstverwaltungsorgane in den Sozialversicherungen und Arbeitsämtern beigetragen und sich um die Beisitzer der betrieblichen Schiedsstellen gekümmert. Sie hatten Rechtsschutz

angeboten, Kündigungs- und Rationalisierungsschutzabkommen und Sozialpläne verhandelt und Beschäftigungs- und Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt. Nicht zuletzt hatten sie mit den zentralen Tarifverträgen sowohl für die Entgelte als auch für manteltarifvertraglichen Regelungen einklagbare Rechtsansprüche durchgesetzt. Gewerkschaften trugen entscheidend dazu bei, daß mit dem Zusammenbruch der DDR-Institutionen eben nicht Willkür und Manchester- Kapitalismus Einzug hielten. Diese Leistung wird auch nicht dadurch geschmälert, daß die Gewerkschaften dem Zusammenbruch der DDR-Industrie letztlich machtlos gegenüberstanden. Fraglos war der Verlust des Arbeitsplatzes, der sich für viele abzeichnen begann, eine existentielle Bedrohung und eine Demütigung sondergleichen. Der Hinweis, dies sei das Erbe einer verfehlten Wirtschaftspolitik der SED, war kein Trost.

Gerade vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der DDR-Industrie wird die große Bedeutung funktionierender Sicherungssysteme des Sozialstaats und die gewerkschaftliche Interessenvertretung für die Vermeidung von materiellem Elend hatten, deutlich. Diese Bedeutung kann angemessen nur gewürdigt werden, wenn die Lebensumstände und der Lebensstandard auf dem Gebiet der ehemaligen DDR verglichen wird mit den anderen Transformationsgesellschaften der ehemaligen kommunistischen Staaten des Ostblocks.

Wie der Zerfallsprozeß einer kommunistischen Zwangsgewerkschaft und der Aufbau von freien Gewerkschaften vor sich gingen, und welche herausragende Bedeutung es für die demokratische Entwicklung im vereinten Deutschland hatte, zeige ich exemplarisch am Beispiel der Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr (ÖTV) in meiner Untersuchung: Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90. ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozeß, Berlin/New York, 2011.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Scharrer

#### **Autor**

*Dr. Manfred Scharrer, freischaffender Autor, hat das DGB-Projekt „Geschichte von unten“ geleitet mit dem Ziel, den Forschungsansatz „Geschichte von unten“ für die politische Bildungsarbeit der Gewerkschaften fruchtbar zu machen. Neben den zahlreichen Publikationen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist er der Autor des Buches „Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90: ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess“ (2011).*

**Kontakt:** [ma.scharrer@t-online.de](mailto:ma.scharrer@t-online.de)

**Weitere Informationen:** [www.manfred-scharrer.de/Manfred\\_Scharrer/Manfred\\_Scharrer.html](http://www.manfred-scharrer.de/Manfred_Scharrer/Manfred_Scharrer.html)

**Redaktion:**

*BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa*

*Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)*

*- Geschäftsstelle -*

*Michaelkirchstr. 17-18*

*10179 Berlin-Mitte*

*+49 (0) 30 6 29 80-11 4*

*europa-bbe(at)b-b-e.de*

*www.b-b-e.de*